

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 25.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro Zeile 10 Pf. oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 12. Dezember 1903.

Verlag:

A. Bohrer, Hannover, Steinstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Breg, Hannover, Schilderstraße 6.
Druck von Dörns & Böder, Hannover.

12. Jahrg.

Der erste deutsche Arbeiterkongress im Jahre 1848.

Eine geschichtliche Erinnerung.

Um Irrtümer zu vermeiden, wollen wir gleich vorweg bemerken, daß wir in den folgenden Zeilen nicht von jener vor kurzem in Frankfurt abgehaltenen Veranstaltung reden, der man ebenso anmaßend wie umgeschichtlich den stolzen Namen „Erster deutscher Arbeiterkongress“ beigelegt hat, sondern wir wollen unseren Lesern erzählen von dem wirklichen ersten deutschen Arbeiterkongress, der vom 23. August bis 3. September des toten Jahres 1848 in Berlin getagt hat. Es dürfte gerade heutzutage, da man einen Versuch über den anderen macht, die Arbeiterbewegung von den sozialdemokratischen Ideen zu reinigen, von Interesse sein, etwas über die Arbeiterbewegung jener Tage zu erfahren, da das deutsche Proletariat noch nicht vom „Biste des Sozialismus“ durchseucht war.

Als im Monat März 1848 die Revolutionsstürme die deutschen Lande durchbrauten, waren es vorwiegend die städtischen Arbeiter gewesen, die ihr Blut für die Sache der Freiheit vergossen hatten. Anfangs spielten sie deshalb auch eine hervorragende Rolle, doch wurden sie infolge ihrer Rückständigkeit und ihrer Organisationslosigkeit bald in den Hintergrund gedrängt, worauf die siegreiche Bourgeoisie die Früchte der Revolution für sich allein in Anspruch nahm. Charakteristisch ist der Verlauf, den die Bewegung in Berlin nahm. Schon in der ersten öffentlichen Volksversammlung, die am 26. März stattfand, erklärten die Wortführer der Arbeiter, daß sie durch die liberale Bourgeoisie zurückgesetzt würden und daß eine Umänderung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zugunsten der arbeitenden Klasse erfolgen müsse. Am 6. April 1848 fand dann in Berlin die erste öffentliche Arbeiterversammlung statt, die von dem Schriftsteller Stephan Born geleitet wurde. Born war ein scharfsinniger, nationalökonomisch durchgebildeter Mann von großer Willenskraft und tiefer Einsicht in die Noth seiner Zeit. Er hatte an den Barrikadenkämpfen teilgenommen und dabei außergewöhnliche Tapferkeit und Umsicht bewiesen, trat nunmehr aber für eine friedliche und zugleich durchgreifende soziale Reform ein. Als Mittel zum Zwecke erschien ihm eine starke, auf sachgewerblicher Grundlage aufzubauende Arbeiterorganisation am geeignetsten. Durch Erkämpfung der wirtschaftlichen Macht wollte er die Arbeiterklasse aus ihrer Ohnmacht und Hilflosigkeit befreien und die neuerworbenen politischen Rechte in die Wirklichkeit umsetzen.

Die Arbeiter sollten sich aller Orten gemeinschaftlich organisieren und diese verschiedenen lokalen Organisationen sollten sich sodann zu einem großen nationalen Verbande zusammenschließen. Die Leitung des Verbandes sollte die deutschen Arbeiter vor den deutschen Staatsbehörden vertreten und ihnen die Wünsche derselben unterbreiten. Diese Wünsche bestanden vorwiegend in einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Erhöhung des Arbeitslohnes. Wenn die Kapitalisten in dieser Beziehung Opfer bringen müssen, meinte Born, so können dies die Arbeiter wohl verlangen, da sie sich tagtäglich für die Kapitalisten opfern. Ueber solche Forderungen geriet die liberale Bourgeoisie in Angst und Schrecken, sie betrachtete die neue proletarische Arbeiterbewegung mit Mißtrauen und Abscheu und warf sich ohne Bestimmen der Reaktion in die Arme. Die neue Partei ging selbstständig ihres Weges, ohne nach rechts oder links zu blicken, und es trat nun allgemach ein vollständiger Bruch ein zwischen dem demokratischen Bürgertum und dem städtischen Proletariat.

In verschiedenen Städten Deutschlands bildeten sich Arbeitervereine, die allerdings nur in einem losen Zusammenhange mit einander standen. Um einen festen Zusammenschluß herbeizuführen, wurde ein Aufruf erlassen, der ein allgemeines Programm entwarf und eine Zentralorganisation schaffen sollte. Dieser erste deutsche Arbeiterkongress wurde am 23. August 1848 in Berlin eröffnet. Es waren drei Zentralkomitees für Arbeiter (Berlin, Hamburg, Leipzig) und 29 Arbeitervereine, meist aus dem östlichen Deutschland, vertreten; außerdem waren Zustimmungsschreiben von 9 Arbeitervereinen eingetroffen; aus Süddeutschland, Weßfalen, Hannover und der Rheinprovinz war nur je ein Delegierter er-

schienen; Kurfürsten, Nassau, Braunschweig, Oldenburg und Bremen waren unvertreten. Der Breslauer Professor Nees von Eisenbeck, ein bekannter Arbeiterfreund, war erster Vorsitzender, Born fungierte als zweiter Vorsitzender, der Berggolder Vieky aus Berlin war Schriftführer. Nach angestrengter, ernster Arbeit wurde der Kongress am 3. September geschlossen. Es wurde beschlossen, in jedem Orte Deutschlands sollten die Arbeiter der verschiedenen Gewerke Vertreter in ein Lokalkomitee wählen; aus den Delegierten der letzteren sollte ein Bezirkskomitee gebildet werden und an die Spitze aller dieser Komitees sollte ein Zentralkomitee mit dem Sitze in Leipzig treten. Die Aufgaben dieser Komitees waren mannigfaltiger Art und ihre Formulierung zeugt von einer für die damaligen Verhältnisse bewunderungswürdigen Umsicht; sie erstreckten sich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und zogen auch Wohnungs-, Erziehungs- und Genossenschaftsfragen in den Bereich ihrer Tätigkeit. Alle diese Aufgaben suchte man auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen, stellte aber auch gleichzeitig die Forderung auf Unterstützung seitens des Staates; vom Staate verlangte man u. a. die Festlegung der Militärdienstzeit auf ein Jahr, Anerkennung der Arbeiterorganisationen und Gewährleistung des unbeschränkten Koalitionsrechts, Aufhebung des Ehezensens und Einführung der Freizügigkeit, Beschränkung der Zuchthausarbeit und der Zuchtstrafe, Abschaffung der indirekten Steuern, Wahl der Werkführer in Fabriken und Werkstätten durch die Arbeiter, Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages und endlich Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und beim Hausierhandel, in Werkstätten dagegen nur aus erzieherischen Gründen. Nach Schluß des Kongresses richtete das Zentralkomitee drei Adressen und ein Manifest an die Nationalversammlung in Frankfurt und einen Aufruf: „An die deutschen Arbeiter!“, in denen die Forderungen dargelegt wurden, deren Mäßigkeit und Berechtigung man noch ganz besonders hervorhob. Dem neu gegründeten Arbeiterbunde, der „Arbeiter-Verbrüderung“, wie der offizielle Titel lautete, traten sofort sämtliche in Berlin vertretenen Vereine bei; Born, der Vorsitzende des Zentralkomitees, siedelte nach Leipzig über und gab dort das wöchentlich zweimal erscheinende Vereinsorgan: „Die Verbrüderung, Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter“ heraus. Nunmehr entfaltete der Bund eine rege Agitation und faßte in vielen Städten Boden, wo er Versammlungen abhielt und Vereine ins Leben rief; auch gründete er Arbeiterbildungsvereine und Unterstützungskassen, wo das Bedürfnis hierfür vorhanden war.

Die Grundanschauungen, die in den Köpfen der neuen Arbeiterführer lebten, waren folgende: Die soziale Frage ist der Ausdruck eines in der Gesellschaft herrschenden Klassenkampfes, der in einem Klassenkampfe zwischen Besitzenden und Besitzlosen zum Ausdruck kommt; letztere wollen die Vorrechte der ersteren aufheben, wogegen sich diese natürlich heftig sträuben. Die Herrschaft einer einzelnen Klasse muß beseitigt werden. Deshalb war es taktisch richtig, daß das Proletariat zunächst am Sturze des Feudalismus und des Absolutismus tatkräftig mitgearbeitet hat; nachdem nunmehr aber die Bourgeoisie, die Vertreterin des Geldsacks, ans Ruder gelangt ist, hat das Proletariat diese Klassen ebenso energisch zu bekämpfen. Das einzige Mittel, dem Arbeiter zu helfen und das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, ist die Organisation der Arbeiter und der Arbeit, wodurch die Schmarotzer, die sich vom Mark des Arbeiters nähren, überflüssig gemacht und beseitigt werden können. Auf politischem Gebiete predigte die „Arbeiter-Verbrüderung“ den entschiedensten Republikanismus; sie forderte die Arbeiter auf, gegen die beginnende Gegenrevolution und die erstarkende Reaktion energisch Front zu machen. „Knechtschaft und Elend sind unser Los“, so hieß es in einem Artikel des Vereinsorgans, „wenn die Fürsten, diese Verräter des Volkes, wieder die Oberhand erlangen. Unsere bisherigen Vertreter, die liberalen Bourgeois, sind Feiglinge, Buttermilchweizen und Schmeichele, die sich jede Schmach gefallen lassen. Die Sündflut wird heranschwellen, sie wird das Gefindel verschlingen, das am Mark des Volkes saugt. Der Sturm wird es hinwegjagen. Dann braucht das Volk Führer, die Freude haben am Schaumspitzen des wogenden Meeres, die dem Sturme zujuchzen. Jetzt gilt es, den Preis zu erringen, den der Kampf um die

Freiheit uns bietet.“ Als die deutschen Regierungen die Gegenrevolution immer energischer betrieben und die Märzregierungen in den Staub traten, als die Bourgeoisie sich feige duckte unter den Polizeiknüppel, forderte die „Verbrüderung“ die Arbeiter auf, sich um die rote Fahne zu scharen und Regierungen nebst Bourgeoisie schonungslos zu bekämpfen.

Infolge der immer mehr erstarkten Reaktion hatte die „Arbeiter-Verbrüderung“ einen sehr schweren Stand, wenn auch die Zahl der Mitglieder stetig wuchs. Auf dem vom 20.—26. Februar 1850 zu Leipzig abgehaltenen Kongress wurde mitgeteilt, daß letzterer nunmehr 250 Arbeitervereine umfasse; es wurden Statuten entworfen, worin mit aller Entschiedenheit gefordert wurde, daß sich die einzelnen Vereine auf sachgewerblicher Grundlage aufbauen sollen. Die Lokalvereine hatten die Verpflichtung, die Uebelstände der verschiedenen Arbeiten und die Wünsche der Arbeiter zu erforschen und auf Abhilfe zu sinnen, ferner sollten sie lokale Arbeitsnachweise, Kranken-, Sterbe- und Invalidenkassen gründen, schließlich auch durch Vorträge, Bibliothek usw. Kenntnis und Bildung unter den Arbeitern verbreiten. Der Verband regelte ferner das Wanderunterstützungswesen nach einheitlichen Grundrissen und empfahl endlich die Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften. Auf Staatshilfe hatte man bereits verzichtet gelernt, da bei der damaligen Sachlage an eine solche nicht mehr zu denken war; es war nämlich bereits in Preußen und anderen Staaten das allgemeine gleiche Wahlrecht, das die Angst den Fürsten abgepreßt hatte, in die Kumpfkammer geworfen worden, und die entfesselte Bestie Reaktion feierte ihre Orgien. In den Motiven zu den Verbandsstatuten heißt es ausdrücklich, man habe zwar noch vor 18 Monaten große Hoffnungen auf die Arbeiten der verschiedenen Nationalversammlungen gesetzt und darum Forderungen an den Staat gestellt, seitdem aber hätten sich alle Erwartungen auf Hilfe von dieser Seite als trügerisch erwiesen.

Die „Arbeiter-Verbrüderung“ war den Regierungen schon längst ein Dorn im Auge, und es war kein Wunder, daß die Nachkögel der Reaktion, denen die Krallen wieder gewachsen waren, ihren Verrger an den Arbeitervereinen ausließen. Es begann jetzt ein rücksichtsloser und unerbittlicher Feldzug, dessen Endresultat war, daß der deutsche Bundestag auf Antrag der preussischen und österreichischen Gesandten, Graf Wischak und Profesch-Diten, am 13. Juli 1854 den Beschluß faßte, sämtliche Arbeitervereine Deutschlands innerhalb zweier Monate aufzuheben und die Neubildung solcher Vereine unter schwere Strafe zu stellen. Durch dieses Schandgesetz — ein Vorbild und Vorläufer des späteren Sozialistengesetzes! — wurden alle Arbeitervereine in deutschen Gauen schmählich adroffelt, wobei die liberale Bourgeoisie schmunzelnd zuschaute.

Diese Maßregeln der damaligen Regierungen waren nicht nur ein Verbrechen an der Arbeiterklasse; sie waren mehr als das, sie waren eine bodenlose Dummheit. Es war ein Verbrechen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich zusammenscharen gegen die schamlose, schrankenlose Ausbeutung durch das Kapital; es war aber auch eine Dummheit, durch das Verbot der Arbeiterorganisationen den letzten Damm einzureißen, der die Gesellschaft vor der kapitalistischen Sündflut hätte schützen können. Und wenn es ein Verbrechen war, den Arbeiter rechtlos zu machen und zu einem Bürger 2. Klasse zu degradieren, so war es nicht minder eine Dummheit, den letzten Rest des Vertrauens zur Regierung aus den Köpfen der denkenden Arbeiter herauszutreiben. Aber das kämpfende Proletariat wird seinen Siegeszug fortsetzen — trotz Dummheit und Verbrechen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Vereinigungen und Kapitalerhöhungen der Reichsbanken. — Süssen in der Elbischiffahrt. — Vereinbarungsveruche in der Semenz- und Elektrizitätsindustrie.

Das Kapital ist unermüdlich am Werke, seine Organisation und Schlagfähigkeit für den Konkurrenzkampf zu vervollkommen. In den Zeiten der letzten Krisis trieb die Gefahr der Not und des Zwanges immer rascher vorwärts auf der Bahn der gegenseitigen Verschmelzung und Aufsaugung. In der jetzigen Übergangszeit wirkt als mächtigster Ansporn die Berechnung, daß bei beginnendem und sich fortsetzendem Aufschwunge die glänzenden Siegespreise und die unerfülltesten Formachts-

Stellung dem Bestgerüsteten und Stärksten zufallen müssen. Auch dieses zweite, ruhigere und überlegtere Vorgehen ist durchaus nicht lediglich Sache freien, willkürlichen Entschlusses; man wählt es zur rechten Stunde, weil man später doch keine andere Wahl haben würde, während alsdann Zeit und Umstände vielleicht lange nicht mehr so günstig sind. Und jeder solcher Schwächung zwingt wiederum die Konkurrenz sowohl wie die Kunden zu entsprechender Anpassung und Gegenwehr. So stehen die Einzelerscheinungen zu einer unausföhrlichen Konzentrationströmung zusammen, die unser ganzes wirtschaftliches Leben beherrscht.

Die letzten Tage brachten das für die größte Öffentlichkeit wieder einmal besonders nachdruckvoll zum Bewusstsein, zwei der hervorragendsten deutschen Banken — beide seit langem Mittelpunkte der beiden namhaftesten deutschen Industrie- u. d. Handelsbezirke, aber allmählich immer mehr in ihren Tätigkeitsphären sich überschneidend und kreuzend — haben sich zur Ueberwindung selbst der höchstschweren und sonst gutunterrichteten zu einer „Interessengemeinschaft“ verbunden, die ein solches Maß von Kapitalkraft umschließt, daß weitere Fusionen und Kapitalerhöhungen unter den Rivalen gar nicht ausbleiben können und zum Teil schon eingetreten sind.

Die Dresdener Bank, das eine hauptbeteiligte Unternehmen, hat schon in ihrer bisherigen Entwicklung ein schlagendes Beweismittel für die kapitalistische Ausdehnungsstrebung. 1872 wurde die Bank mit 9,6 Millionen Mark Grundkapital ins Leben gerufen, wohl hauptsächlich im Hinblick auf die industriellen Gründungen und Erweiterungen im gewerbetreibenden Sachsen, das nach dem Niederkrieg des Militärdienstes treibhausmäßig seine Aktiengesellschaften und Großbetriebe sich entschliefen sah. Sehr bald strebte man über den engen Wirkungsbereich und den bescheidenen Umfang hinaus. Ende der siebziger Jahre „arbeitete“ man schon mit 15 Millionen Mark Kapital; Anfang der achtziger Jahre errichtete man die Niederlassung in Berlin, das mit der Zeit überhaupt mehr und mehr zum Zentrum auch der Dresdener Bank wurde. In den neunziger Jahren kommt es dann zu großen Fortschritten nach den deutschen Handelsmetropolen Hamburg und Bremen und darüber hinaus nach dem Ausland; die Anglo-Deutsche Bank in Hamburg, die Bremer Bank wurden erworben, in London besitzt man eine Filiale. Auch mehr nach dem Süden und Westen richtete man sein Augenmerk; in Bayern, in Hannover mußte man durch Anknüpfung älterer Bankhäuser Fuß zu fassen und sich wichtige Verbindungen mit Produktion und Handel und anleihenbedürftigen öffentlichen Körpern, mit Kleinbahn- und Elektrizitätsgesellschaften zu erschließen, natürlich stets unter entsprechender Steigerung des eigenen Grundkapitals, gegenwärtig bis auf 130 Millionen Mark. Nicht in letzter Linie handelte es sich um die „Besetzung“ Rheinlands-Westfalens. Die Rheinische Bank, die Rheinische Bank, die Westfälische Bank gehören heute zur Gefolgschaft des Dresdener Instituts.

Damit war eine zunehmende Verdrängung und wachsende Stellung mit einem der ältesten christlichen Bankinstitute, mit dem A. Schaaffhausenschen Bankverein in Köln gegeben. Dieser besteht seit 1848, von Anfang an ganz verflochten mit der Geschäftswelt des wichtigsten deutschen Industriebezirks. Auch hier jedoch setzte der rascheste Aufschwung erst nach 1870 ein. Damals erhöhte man das Aktienkapital rasch hintereinander auf 31 und 48 Millionen Mark; heute sind es 100 Millionen, und um Schaaffhausens „gruppieren“ sich noch: die Mittelrheinische Bank mit 9 Millionen Mark Aktienkapital, die Mühlheimer Bank mit 5 Millionen, die Westfälisch-Lippische Vereinsbank gleichfalls mit 5 Millionen, die Niederrheinische Kreditanstalt mit 21 Millionen Mark. Ferner ist der A. Schaaffhausensche Bankverein in Gestalt der Kommanditbeteiligung eng verknüpft mit schlesischen, pommerschen und schlesischen Firmen (Wyl. Elmiger in Dresden, Hälzliche Bank in Ludwigshafen, Hamburger u. So. in Rattowis).

Ob der Eintritt des Finanzrates Jenke, des einstigen Gruppen-Generalleiters und Scharfmachers von Rheinlands-Westfalen, in die Leitung der Dresdener Bank die Rivaltät für Schaaffhausens noch besonders verschärft hat, wissen wir nicht. Wachsen mag dafür sprechen. Auf jeden Fall hat man beiderseits das Bedürfnis empfunden, gegen einen gemeinsamen Nebenbuhler zusammenzuhalten, nämlich gegen die Deutsche Bank, die vor ein paar Jahren dem Schaaffhausenschen Bankverein sogar den Direktor (Königs) und damit eine nicht unbedeutende Kundenschaft entzog.

Die Gruppe der Deutschen Bank war bisher die mächtigste in Deutschland. Sie umfaßt:

	Aktienkapital
die Deutsche Bank	mit 160 000 000 Mk.
„ Reichlich-Märkische Bank	54 250 000 „
„ Oberrheinische Bank	17 500 000 „
„ Elbener Kreditanstalt	36 000 000 „
„ Duisburg-Essen-Bank	12 000 000 „
„ Hannoversche Bank	21 000 000 „
„ Hildesheimer Bank	7 000 000 „
„ Senftenburger Bank	8 000 000 „
den Schließlichen Bankverein	27 000 000 „

Jedoch sind diese Ziffern mit den oben erwähnten nicht ohne weiteres vergleichbar: das Kapital der Nebenbanken ist im Vergleich zum Hauptkapital in erheblichem Maße abgemindert. Das Kapital der Deutschen Bank selber, in deren Besitz z. B. beinahe die gesamten Aktienkapitalien der Reichlich-Märkischen Bank, des Schließlichen Bankvereins und der Duisburg-Essen-Bank übergegangen sind, während diese Doppelzählung für die Dresdener Bank und den Schaaffhausenschen Bankverein nicht weniger gilt. Kammere ist durch die „Interessengemeinschaft“ die größte Kapitalmacht auf dem deutschen Bankensgebiet gebildet, da, wie erwähnt, zur Gruppe der Dresdener Bank selber schon gehören: die Kölner Welschbank mit 12 Millionen, die Rheinische Bank mit 10 Millionen und die Westfälische Bank mit 9 Millionen Mark. Biegt sich der leicht man am besten Aktienkapital und Reservefonds der Nebenbanken, um die nächste Positionierung zu gewinnen. Zur Dresdener Bank mit 130 Millionen Mark Aktienkapital und 34 Millionen Mark Reservefonds wäre alsdann der Schaaffhausensche Bankverein mit 120 Millionen Mark zu rechnen, so daß sich hier eine Kapitalmacht von 250 Millionen Mark vereinigen fände — während die Deutsche Bank im Verhältnis nur über 160 Millionen Mark Kapital und 33 Millionen Mark Reserve verfügt. Selbst die Reichliche, die ihr Kapital bis zum Ende des Jahres 1903 auf 120 Millionen Mark erhöhen soll, wozu gegenwärtig die Reichliche mit 4 Millionen Mark kommen würden, bliebe mit ihrer 250 Millionen Mark hinter dem Dresdener-Kölnischen Zweifundzwanzig.

Das Bündnis hat sich in aller Heimlichkeit vollzogen. Die Verdrängung der Kölner war eine vollständige und sie ist heute noch nicht beendet, da man nunmehr weiteren großen Umschlüssen und Konzentrationen im Bankwesen entgegensteht. Vielleicht wird man auf eine ähnliche Verschmelzung der

Darmstädter Bank (Aktienkapital 132 Millionen Mark) mit der Berliner Handelsgesellschaft (90 Millionen Mark Kapital); auch über die Nationalbank (Schwimmende Guthaben) bisher ist nur ein vorläufiges Ergebnis zu verzeichnen: die Berliner Handelsgesellschaft, die vor allem enge Beziehungen zur Montanproduktion und zur Elektrizitätsindustrie unterhält und neuerdings auch an der Reichsbank Bankfirma Hallgarten u. Komp. sich beteiligte, erhöht ihr Kapital um 10 Millionen Mark, weil — wie es in einer offiziellen Eröffnung an die Zeitungen heißt — „seit der letzten Kapitalvermehrung eine namhafte Steigerung des Geschäftsumsatzes festzustellen ist, welche mit der Erweiterung der Geschäftsbeziehungen ein entsprechendes Wachstum der Anlagen zur Folge hatte.“

Der kleine Provinzbankier verschwindet so immer mehr neben den Riesen der Großfinanz; oder er wird stiller und Agent des Großunternehmers, der auftried und dankbar ist, wenn ihm die Großfinanz noch ein paar Kassierposten gnädigst überläßt.

Zu gleicher Zeit wurde die Fusion der drei wichtigsten Eisenbahn-Unternehmungen bekannt: die Gesellschaft vereinigter Elb- und Saale-Straßen übernahm sämtliche Aktien der „Reite“ und einen großen Teil der Aktien der Oesterreichischen Nordwest- und Ostbahn-Gesellschaft; die „Reite“ würde dann als selbstständiges Unternehmen ganz eingehen, der Nordwest aber weiter die österreichische Flagge beibehalten können. Weiter verläutet, daß das Kartell alle noch außenstehenden Eisenbahnen mit der Zeit aufzukaufen beabsichtigt.

Endlich sollen die Verhandlungen, in der Zementindustrie eine Regelung der Absatzgebiete zu erzielen, wesentlich weiter gerückt sein. Die Ueberproduktion bei vorliegendem Export, bei Rückgang des heimischen Bedarfs infolge der eingeschärften privaten Bauaktivität und der Unterbrechung des Kanalarbaues durch den oesterreichischen Landtag hat hier einen verdrängenden Wettbewerb erzeugt.

Im Elektrizitätsgewerbe scheint das vorläufige Ende der Vereinbarungen und Fusionen gleichfalls noch nicht erreicht. Immer wieder tauchen Vorschläge auf, die jedoch im Augenblick noch keine sichere Bestätigung gefunden haben, wenn sie auch an der Börse für die Aktienbewertung zeitweilig eine Rolle spielen.

Berlin, 22. November 1903.

Max Schippel

Soziale Rundschau.

— Aus der Zementindustrie. In Dortmund tagte eine Versammlung rheinisch-westfälischer Zementfabrikanten, in welcher zum wiederholten Male beraten wurde, wie eine Aufbesserung der durch die bisherige Uneinigkeit der Fabriken hervorgerufenen traurigen Lage der Zementindustrie herbeizuführen sei. Zu endgültigen Abmachungen ist es wiederum nicht gekommen. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden. Es ist zu diesem Zwecke eine demnächst in Hannover tagende Versammlung von Zementfabrikanten Nordwest-Mitteldeutschlands geplant. Welche Formen der Konkurrenzkampf in der Zementindustrie angenommen, dafür gibt eine Stelle aus dem Jahresbericht der Handelskammer zu Essen für das Jahr 1902 einen Beleg. Die Firma Marjes u. Bender, Portland-Zementfabrik in Kupferdreh, führt da aus: Die Portland-Zementfabrikation hatte im Geschäftsjahre 1902, zum Teil infolge des Zusammenbruchs des nordwest-mitteldeutschen Portland-Zement-Syndikates, mit Preisen zu kämpfen, wie sie seit Bestehen der Zementindustrie nicht zu verzeichnen gewesen sind. Die vielen neuen Fabriken verlaufen unter Selbstkostenpreis, um sich in die Kundenschaft einzudrängen, viele altbewährte Fabriken verlaufen unter Preis, einseitigstermaßen, um die neuen Fabriken totzumachen. Die Kosten dieser wahnwitzigen Konkurrenz dürften zu einem nicht unbeträchtlichen Teil den Arbeitern aufgedrängt worden sein in niedriger Bezahlung und unsicherer Beschäftigung.

— Die Gründung eines internationalen Petroleumsartikels wird nach der „Frankf. Ztg.“ wieder erwogen. Es sind daran die amerikanischen, russischen und österreichischen Interessenten beteiligt. Man hoffe, in nicht zu langer Zeit eine Sitzung nach Berlin oder Wien einberufen zu können, in welcher die weiteren Vereinbarungen besprochen werden sollen. Die amerikanischen Produzenten sollen sich jetzt zu ziemlich weitgehenden Konzessionen bereit erklärt haben, weil der Export dort eine Verminderung zeigt und zwar infolge der Steigerung des eigenen Bedarfs und wohl auch infolge der geringeren Ergiebigkeit der Petroleumfelder.

Vom sozialen Kampfplatze.

— Der Streik in Belten dauert unverändert fort. Die Beltener Maschinenfabrikanten haben erneute Einigungsversuche rundweg abgelehnt. Seit dem 1. Dezember ist die Aussperrung in Kraft getreten oder eigentlich nicht, denn in einer Anzahl Städte machen die Unternehmer nicht mit. In Breslau wurde der brutale Erpressungs-Revers, der den Austritt aus dem Zentralverbande der Löhner unter Androhung der Aussperrung verlangt, von den Arbeitgebern nur 75 bis 100 Werksbetriebern vorgelegt, obwohl im ganzen 450 Löhner und Ofenheizer in der Stadt beschäftigt sind. Der von den Scharfmachern beabsichtigte Hieb, die Ausschulderung der Streikenden, geht also hier daneben. Um nun den Reinfall der Arbeiter zu einem vollkommenen zu gestalten, haben fast alle Betroffenen in Breslau den Revers einfach kaltsüchtig unterzeichnet — sie sind nämlich der Meinung, daß sie sich den Zeitpunkt für ihre Kämpfe nicht von den Unternehmern vorschreiben lassen. Die Revers sind über die Gefügigkeit ihrer Gejerten sehr erregt und die Beltener Kollegen werden davon keinen Schaden haben.

— Der Streik im Steinbruch der mitteldeutschen Portland-Zementfabrik in Rieburg ist beendet.

*) Nach Aufnahme der Bank für Siedbrüchland und der Berliner Niederlassung der Breslauer Diskontobank, außerdem kommanditbeteiligt bei Ros. Barzqauer u. So. und einer Reihe von Provinzfirmen.

worden, da die Direktion jedes Entgegenkommen ablehnte. Von unseren am Streik beteiligten Kollegen bleiben 9 ausgesperrt.

— Der Streik bei Rickmers in Bremen ist beendet. Für die verfloffene Woche waren noch 70 Kollegen ohne Beschäftigung.

— Die auf der Kalksteinfabrik von Friedrich Coers u. Sohn zu Schlußpunkt streikenden Kollegen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Maßregelungen erfolgen nicht.

— In Leisnig streikten die auf einer Gießerei beschäftigten Kollegen. Der in Frage kommende Arbeitgeber, der infolge einer Verhandlung über die Garantie eines Tagelohnes vier Kollegen entlassen, verhielt sich vollständig ablehnend und droht, seinen Betrieb zu schließen.

San 14.

Samstag, den 22. November 1903, tagte in Gelsenkirchen im Lokal Peter Unterländer unsere diesjährige Gaukonferenz. Vertreten waren die Zahlstellen Badwigschafen, Frankenthal, Speyer, Ogersheim, Mundenheim, Mannheim, Oppau, Gelsenkirchen, Eisenberg, Kaiserlautern, Heidelberg durch je einen Delegierten, auch waren mehrere Gäste aus diesen Orten anwesend. Der Gauvorstand war vertreten durch 4 Kollegen. Die Gaukonferenz wurde am 11 Uhr durch den Vorsitzenden Kollegen Benz eröffnet. Derselbe ließ die Delegierten und Gäste herzlich willkommen sein. Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes gab Kollege Benz. Die Geschäfte des Gauvorstandes wurden in 9 Sitzungen erledigt. In Korrespondenzen sind ausgegangen 80 Briefe und 31 Postkarten, außerdem wurden 8100 Handzettel, 200 Plakate verbreitet. Eingegangen sind 68 Briefe und 15 Postkarten. Zur Stärkung der Organisation und der Zahlstellen wurden von seiten des Gaues 17 öffentliche Versammlungen arrangiert, außerdem in 4 Mitgliederbesammlungen Vorträge gehalten. Die Gaukasse hatte eine Einnahme von 300,07 Mk., eine Ausgabe von 229,62 Mk., somit einen Kassenbestand von 70,45 Mk. Die Zahlstellen des Gaues 14 hatten am 1. Oktober 1902 1034 männliche und 51 weibliche Mitglieder, am 1. Oktober 1903 1335 männliche und 27 weibliche Mitglieder. Die Zunahme der männlichen Mitglieder beträgt 351. Bei den weiblichen Mitgliedern ist eine Abnahme von 24 zu verzeichnen. Durch den Gauvorstand wurde alles versucht, neue Anhänger für unsere Organisation zu gewinnen. Zu bedauern ist, daß von vielen Orten, wozu der Gauvorstand sich wendete, um Versammlungen abzuhalten, er keiner Antwort gewürdigt wurde. In Orten wie Mutterstadt, Rheingruben, Maudach, Rechenhofen, Altrip, Sambrecht, Waldhof, Althof, Reckaras, wo sehr viele Fabrikarbeiter wohnen und beschäftigt sind, haben es die Leiter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Vereine nicht der Mühe wert erachtet, eine Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen einzuberufen, trotzdem der Gauvorstand die Kosten des Referenten sowie die Kosten der Publikation (Handzettel) bestreiten wollte. Die geringe Zunahme unserer Mitglieder ist wohl hauptsächlich in der schlechten Wirtschaftslage zu suchen. Den Kassenbericht gab Kollege Feser. Kollege Stich gab den Bericht über die Kassenrevision und teilte mit, er habe Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden, worauf der Kassierer Decharge erteilt wurde. In die Mandatprüfungs-Kommission wurden die Kollegen Fortbuer-Frankenthal und Kern-Oppau gewählt. Ein Antrag, welcher folgenden Wortlaut hatte: „Die heute hier versammelte Gaukonferenz spricht dem Gauvorstand ihren Dank aus für seine agitatorische Tätigkeit während des verfloffenen Jahres“, wurde einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt „Agitation“ wurden die Anträge, daß Flugblätter durch den Gauvorstand herausgegeben werden, abgelehnt, daß der Antrag angenommen: „Der Gauvorstand ist verpflichtet, sobald die Zahlstellen eine Besammlung vom Gau bewilligt erhalten, die Kaufzettel zu einem Flugblatt umzuwandeln. Die Zahlstellen können dasselbe als Hausagitationsmittel benutzen.“ Ein Antrag der Zahlstelle Speyer, daß die Gaukonferenz einen Antrag zum Verbandstag stellen möge, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, wurde angenommen. Unter „Bericht über den Antrag“ wurde ein anderer Antrag der Zahlstelle Speyer dahin abgeändert, daß bei 100 Mitgliedern ein Delegierter und bei mehr als 100 Mitgliedern zwei Delegierte stimmentreu auf den Gaukonferenzen haben sollen. Ein Antrag Kaiserlautern, den Gauvorstand zu beauftragen, wurde angenommen, und ist ein dahingehender Antrag an den Verbandstag zu stellen. Die nächste Gaukonferenz wird in Ogersheim abgehalten. Als Gauvorsitzender wurde wieder Kollege Benz auf der Gaukonferenz gewählt. Ein Antrag, daß der Schriftführer des Protokolls auf der Gaukonferenz verliert, wurde angenommen. Die Delegierten wurden angewiesen, in ihren Zahlstellen dahingehend zu wirken, daß die Quartalsabrechnungen pünktlicher eingekandt werden. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation wurde die Gaukonferenz vom Vorsitzenden kurz vor 6 Uhr geschlossen.

Korrespondenzen.

Münster-Ostensen. Eine gemeinschaftliche Versammlung tagte bei Ränge. Einen Vortrag über die Krankenkassenverhältnisse hielt Genosse Jöge. Dann wurde eine Urabstimmung darüber vorgenommen, ob die unorganisierten Arbeiter noch weiter das Arbeiterkretariat in Anspruch nehmen können. Gegen die Beteiligung der Unorganisierten wurden 64, dafür 10 Stimmen abgegeben. Ferner wird beschlossen, dem Delegierten zum Kartell den Auftrag zu geben, im Kartell dahin zu wirken, daß die bei Hermann beschäftigten Arbeiter, welche dem Gewerkschaftenverbände angehören, verpflichtet werden sollen, ansein Verbände beizutreten. Der Streik bei der Firma Adorf ist beendet zugunsten der Streikenden. Eine Entlassung soll daraufhin geprüft werden, ob sie wegen der Verbandszugehörigkeit oder wegen der Agitation für den Verband erfolgt ist. Zur Unterstützung der Ermittlungen Weber wurden 30 Mark bewilligt.

Soden. Für alle Zeiten will sich die Holzschleiferet und Papierfabrik von Günther u. Richter gefügige Arbeiter sichern. Die Firma hat an „ihre“ Arbeiter eine „Belanunung“ gemacht, in der sie zur Kenntnis bringt, daß sie von den Kantinentarträgern jährlich 500 Mk. der Fabrikantenkasse überweisen und den Rest zur Errichtung einer Unterstützungskasse verwenden will. Die Kantinentarüberschüsse sind doch nicht der Firma zu banken, sondern den Arbeitern, die in der Kantinentararbeiten, sondern hat kein Arbeiter Anspruch auf Unterstützung, sondern die Leistungen aus dieser Kasse sollen freiwillig sein. Nicht einmal der Arbeiterauschuss soll zu bestimmen haben, sondern er wird nur „gehört“. Es ist schlimm, daß die Arbeiter sich solche Bedingungen diktieren lassen müssen. Da, wo die Arbeiter nicht in ihrer großen Mehrzahl organisiert sind, ist der Arbeiterauschuss fast nie mehr als eine Dekoration. Er hat nicht die Möglichkeit, seinen Willen gegenüber dem Unternehmer durchzusetzen, sondern muß sich fügen. Das Ausschussmitglied, das dem Unternehmer ersichtlich widersprechen würde, läge hinaus. Ganz anders, wenn die Arbeiter eine starke Organisation hinter sich haben. Dann haben sie die Möglichkeit, in Arbeitverhältnissen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Das weiß die Firma Günther u. Richter ganz

*) Zusammenfassende seien noch die Ziffern für die Rheinische Bank, die ihr Kapital bis zum Ende des Jahres 1903 auf 120 Millionen Mark erhöhen soll, wozu gegenwärtig die Rheinische mit 4 Millionen Mark kommen würden, bliebe mit ihrer 250 Millionen Mark hinter dem Dresdener-Kölnischen Zweifundzwanzig.

*) Endlich hat die Diskontobank das Kapital der Rheinischen Bank nötig im Kartell.

	Aktienkapital
Diskontobank	150 000 000 Mk.
Rheinische Bank	40 000 000 „
„ Allgemeine Deutsche Kreditanstalt	75 000 000 „
„ Rheinische Diskontobank	35 000 000 „
„ Bremer Bankverein	36 000 000 „

Bekanntmachungen.

Die Zahlstelle Göppingen hat vom Vorstand die Zustimmung erhalten, einen monatlichen Extrabeitrag von 5 Pf. zu erheben.
 Die Zahlstelle Mannheim hat die Zustimmung erhalten, wöchentlich einen Extrabeitrag von 5 Pf. zu erheben.
 Die Einzelmitglieder von Leipzig-West haben einen monatlichen Vokalbeitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder zu bezahlen.
 Mit kolleg. Gruß
 J. A.: Aug. Drey.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 25. November folgende Beträge ein:
 Capau 37,82, Rehm 35,85, Münden (Hannov.) 17,88, Egeln 22,87, Kalen 10,63, Holzgämbden 30,—, Ansdorf 10,10, Hennigsdorf 25,—, Schwerin a. B. 26,—, Braunschweig 200,—, Zehle 31,95, Oberschneweide 25,—, Mühlheim a. M. 135,30, Baugen 21,90, Ludwigsbafen 20,—, Gethstedt 13,—, Qanau 1,—, Winterhude 200,—, Mündenheim 4,—, Mühlheim a. M. 2,50.
 Berichtigung. In Nr. 23 muß es heißen: Capau 90,90, nicht Potsdam.
 Schluß: Dienstag, den 8. Dezember, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher

Nr. 11 850. Ausgestellt am 15. Juli 1902 in Pommerensdorf auf den Namen Richard Pichot.
 Nr. 524. Joh. Lannensbaum, ausgestellt am 15. September 1902 zu Anklam.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bauhen. Otto Krause, Bayreutherstraße 4, 1. Et. Dasselbst Reisegesicht von 1/2-2 Uhr.
 Dieblich (Rhein). Reinhold Ehling, Rathausstraße 36, 3. Et. Reisegesicht im „Kaiser Adolf“, Westbaberstr. 39.
 Düsseldorf. Anton Schmaier, Fürststraße 81, 1. Et. Reisegesicht bei Karl Mittan, Luisenstr.
 Frankfurt. G. Römer, Münzbergerstr. 50, 3. Et.
 Hannover. August Reineke, Linden-Hannover, Postloggier 7, 2. Et.
 Heilbronn. G. Wollbold, Fabrikstr. 1/17.
 Leipzig-Lindenau. Otto Rodenstein, Leipzig-Kleinshocher, Antonenstr. 13, 4. Et. r.
 Mündenheim. Mich. Meier, Bahnhofstraße 1.
 Neckarstulm. (Gau 13.) J. Geiger, Langgasse.
 Scherzleben. Adolf Seef, Pughstraße 11, 1. Et.
 Wittenberg. Paul Knauff, Al.-Wittenberg, Wilhelmstr.

Zuferate.

Zahlstelle Friedrichstadt a. Elber.

Unsere Mitgliederversammlungen tagen jeden 3. Sonntag eines jeden Monats im Lokale unseres Kollegen Heinrich Nauffen nachmittags 5 Uhr. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Nächste Versammlung Sonntag, den 20. Dezember. Jedes Mitglied ist verpflichtet, in den Versammlungen zu erscheinen.
 1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Göppingen.

Unser Verkehrslokal ist „Stuttgarter Hof“. Dasselbst wird auch das Reisegesicht ausbezahlt.
 0,60 Mk]

Zahlstelle Hamburg-St. Georg.

Jeden zweiten Donnerstag im Monat Mitgliederversammlung bei Herrn Hommel, Raabeisweg 31. [60 Pf.]

Zahlstelle Horst.

Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 4 Uhr, öffentliche Gewerkschaftsversammlung bei G. Evers, „Stadt Hamburg“, Horst. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Der Einberufer.
 Vereinslokal: P. Stamerjohann, Schartwilt in Horst.
 1,05 Mk]

Weissen.

Sonntag, den 19. Dezbr., 1/2 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung im „Turmhaus“.

Tagesordnung: 1. Diskussion über unser Statut.
 2. Sonstige Gewerkschaftliche Angelegenheiten.
 Die Versammlung, folgt für zahlreiches Besich, rätelt die Säumigen auf und bringt auch die Indifferenten, sowie eure Frauen mit. Auch den Kolleginnen machen wirs zur Pflicht, zu erscheinen und ihre Mitarbeiterinnen einzuladen.
 Mit Gruß
 2,55 Mk.] Die Vertrauensleute.

Einzelmitglieder Roffen.

Die Mitgliederversammlungen tagen jeden 2. Sonntag im Monat. Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen. Das Reisegesicht wird bei Anton Schellhorn, Dresdnerstr. 22, mittags 12-1 Uhr und abends von 7 Uhr an ausbezahlt.
 1,50 Mk.] Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Schneidhain.

Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im „Guthaus zur Linde“. Es wird dringend gebeten, daß die Kollegen vollständig und pünktlich erscheinen.
 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Stavenhagen.

Verkehrslokal beim Gastwirt Wilhelm Schäl, Neuorandenburgstr. 22. Dasselbst Auszahlung des Reisegesichtes abends von 6-8 Uhr.
 0,75 Mk.]

Zahlstelle Stodelsdorf.

Versammlungen tagen bei F. Lampe in Stodelsdorf jeden letzten Sonntag im Monat.
 0,60 Mk.]

Zahlstelle Stuttgart.

Die Reiseunterstützung wird jetzt vom Arbeits-Amt ausbezahlt. Raststunden von 8 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags.
 Stuttgart, den 20. November 1903.
 1,05 Mk.] Carl Reinöhl.

noch nicht genug Unangenehmes über unseren Ort gebracht. Die Derrn versuchen, die Kämpfe, welche im Frühjahr gegen die organisierten Arbeiter geführt worden, nunmehr im Kleinen fortzuführen. Daß durch diese Kämpfe auch Unternehmer und andere Gewerbetreibende enormen Schaden gelitten haben, das scheint einigen Herren furchtbar gleichgültig zu sein, jedenfalls, weil sie denken, ihren Wahn, die Verstärkung der Organisation, verwicklichen zu können. Wie verlaunt, habe die Polizei den Herren Kenntnis von der Mitgliederliste gegeben. Trifft das zu, dann hat die Polizei etwas getan, wozu sie absolut kein Recht hat. Wir würden dann nicht nur den Beschwerdemag betreten müssen, sondern auch den Versuch unternehmen, durch Anstrengung eines Prozesses den Entlassenen Entschädigung für den ihnen durch die Entlassung gewordenen Nachteil zu verschaffen. Aber noch etwas anderes werden wir tun, immer vorausgesetzt, daß die Andeutung, die Polizei habe dritten Personen Kenntnis von der ihr amtlich bekannt gewordenen Mitgliederliste gegeben, auf Tatsache beruht; wir werden Mitglieder einfach nicht wieder anmelden und es auf einen Prozeß gegen uns ankommen lassen. Vor Gericht werden wir dann geltend machen, daß wir einfach aus G r a n d e n d e r R o t w e h r, um unsere Mitglieder vor dem Schaden der Entlassung zu bewahren, die Einzeichnung der Liste unterlassen haben. Wir werden sehen, was man an Gerichtsstelle zu einem derartigen Vorgehen, wie es der Polizei zum Vorwurf gemacht, sagen wird.

Das Referat über die Entlassungen hatte Kollege Krennwig aus Nigsdorf. Die Versammelten waren einstimmig der Anschauung, daß es auf dieses Gebahren keine passende Antwort gebe, als der Anschlag an die Organisation. Seit den Kündigungen sind denn auch eine ganz bedeutende Anzahl Aufnahmen vollzogen worden. Tatsächlich sind die Unternehmer auf dem besten Wege, das Gegenteil von dem zu erreichen, was sie erreichen wollten. So war es ja auch immer. Die Unternehmer wollen einen Druck ausüben auf die freie Entschließung ihrer Arbeiter, diese durch Zwang von der Vereinigung abhalten. Druck hat noch immer Gegenbruch erzeugt. Es diesmal werden die Unternehmer keine andere Rolle spielen, als diejenige des Zerteiles jener Kraft, die teils das Böse will und doch das Gute schafft.

Schwabach. Am 15. November tagte eine gut besuchte öffentliche Versammlung, in der Kollege Hämmel aus München referierte. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Eine Resolution, welche die Unorganisierten zum Beitritt in die Vereinigung verpflichtete, wurde einstimmig angenommen.

Regel. Sonntag, den 22. November tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale Waidmannsloft. Nach Erlebigung der beiden Punkte: Abrechnung vom Vergnügen und Verhandlungsangelegenheiten kam der Kollege Falck auf den Streit in Welten zu sprechen, der nun schon seit dem 1. Oktober andauere und zur Ausprägung der Köpfer Deutschlands führen werde. Der andauernde und große Streit rechtigte es, daß die Kollegen daran denken, dem Verband Pulver zum Kampfe zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand habe auf Anfordern Sammelkisten gesandt, und es ist Pflicht der Kollegen, auf diesen einen Beitrag zur Unterstützung der Kämpfenden zu zeichnen.

Walheim i. S. Am 21. November tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Kollege Langwitz sprach über die Notwendigkeit und die Bedeutung der Organisation. Redner kam auf die örtlichen Verhältnisse zu sprechen. Auf einer Fabrik werden Ueberstunden gemacht, ohne daß die dabei in Frage kommenden Arbeiter den geringsten Versuch machen, ihre Arbeitsverhältnisse zu regeln. Anders haben die Arbeiter der Firma R. B. Otto sich gestellt. Sie machten die Leistung von Ueberstunden davon abhängig, daß ihnen der Wochenlohn, der ihnen vor zwei Jahren, bevor der Lohnabzug vorgenommen war, bezahlt wurde, jetzt wieder gegeben werde. Die Wiederauszahlung des alten Lohnes ist abgelehnt worden. Infolgedessen machen die Arbeiter keine Ueberstunden. Wäre die Organisation eine stärkere, so könnten die am Orte in so überreichen Maße vorhandenen Ueberstunden wohl gemildert werden.

Wurzen i. S. Per aspera ad astra, sagt der Lateiner; „Auf rauhen Wegen zu den Sternen“! Dieses Wort gilt auch für die hiesige Verbandsleitung und die mit ihr arbeitenden, hinter ihr stehenden Kollegen; denn wohl selten findet man ein derartig ausdauerndes Unternehmertum und eine durch die jahrelange, schwere, schlecht entlohnte Arbeit degeneriert, stumpf gemordene Arbeiterschaft, als gerade hier in Wurzen. Tausende und Abertausende von überzeugungstreuen Worten von dem Nutzen der Organisation, von der Heiligkeit der Emanzipationsbewegung sind bis vor kurzer Zeit an diesem bedauerlichen Arbeitsmenschenmaterial verloren worden. Jetzt endlich ist auch in ihnen der Menschheitsgedanke erwacht, und sie begannen emsig den Ausbau der Organisationsleitung. Nur noch einige Wochen, und der Verband der Fabrikarbeiter ist der an Mitglieder stärkste der ganzen Gegend. Nichts ist aber auch so notwendig als das. So werden zum Beispiel in den hiesigen Mühlenwerken annähernd 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt bei einer Entlohnung, die zum Leben nicht ausreicht und zum Sterben zu viel ist. So erhalten eine Anzahl Frauen, die die monotone Arbeit des Erbsenlebens verrichten müssen, für einen 11stündigen Arbeitstag (sage und schreibe neunundneunzig Pfennige. Arbeiter im besten Mannesalter verdienen 2 Pf. pro Stunde bei einem Damit und Armutspolize in den Arbeitsräumen, die geradezu quäsend wirken, wie dies zum Beispiel in der Abteilung für Backstübchen der Fall ist. Andere hindern durch Trauen von früh bis abends bei einem eigenartig faulen Alfordsystem zwei Zentner schwere Sacklasten, und wenn der Lohnzahlungstag herankommt, wissen sie nicht, was sie verdienen haben, sondern es werden ihnen halt 23, 24, schließlich auch mal 26 Pf. pro Stunde für die verfluchte Arbeitswoche zugeschrieben. Je schlechter der Lohn, desto länger wird gearbeitet; diese traurige Tatsache kennzeichnet auch diesen Betrieb. Wenn man bei der mehr als einfachen Lebensweise dieser schlecht entlohnerten Arbeiter irgend einer in wirtschaftliche Not gerät, dann dann werden 6 und noch mehr Ueberstunden gemacht, mancher ist da natürlich noch froh, wenn er die Genehmigung dazu vom Geschäftsinhaber erhält; und noch andere sind dann sogar auf den durch diese Weise verdienten hohen Lohn nicht wenig stolz. — Der Fabrikant kann jedoch noch so groß und mächtig sein, die Arbeiterorganisation scheut und fürchtet er. Der Geist der Organisation, der leise aber sicheren Schritt in den Reihen der Wurzen Mühlenindustriearbeiter umgibt, erregt das Bedenken der Fabrikleitung, denn sie hat bereits bekannt gegeben lassen, daß sie nicht, wie früher, während des Winterhalbjahres 2 Pf. pro Stunde abziehen lassen wolle. Dies ist nur ein kleines Bild von dem ganzen Sprüche der Fabrikarbeitervereinigungen hier am Orte. Genau so sieht es aus in der Kapetensfabrik, den Rationalfabrikanten, der Pianofortefabrik und Tonwarenfabrik. Ueberall niedriger, unwürdiger Lohn und verbeugungsbedürftige Arbeitsverhältnisse. Lange konnte man diesen Arbeitern das harte Wort zurufen: „Ihr verdient die höchsten Verhältnisse, in denen ihr lebt“, denn sie standen bislang allen Bestrebungen gleichgültig gegenüber. Doch nun wird es etwas besser. Die Arbeiter lernen mehr und mehr klar werden, sie sehen das Gleich im eigenen Heim! Siehen ihre Frauen während der Tagesdauer in den Fabriken sich abwehren. Im Heim fehlt das Angenehme, das Wohlgehe; die Kindererziehung wird vernachlässigt. Es soll und kann anders werden durch unsere Organisation.

des konsumierenden und auf jene Fischkannern angewiesenen Publikum. daß die allgemein anerkannten Grundzüge der modernen Hygiene aufs peinlichste durchgeführt werden. Zumal Vergiftungen durch Fischkonserven usw. nach wissenschaftlich-medizinischer Literatur durchaus nicht mehr zu den Seltenheiten gehören. Zur Durchführung dieser auf Reinlichkeit und sanitären Schutz hinzielenden geistlichen Bestimmungen erachtet die Versammlung für notwendig: 1. häufige und sachverständige, sowie unvermutete Kontrolle der Betriebe.

2. Schaffung von Wasch- und Badegelegenheit, Ankleideräumen, Speisräumen, Lieferung von Handtüchern, mit Wasser gefüllten Spünapfeln und hinreichenden Klosetträumen, sowie genügende Lüftung der Arbeitsstellen, insbesondere schnelle Entfernung der jauchigen und verwesten Abfälle.

3. Verkürzung der Arbeitszeit der in den genannten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

4. Verbot der Ueberstunden und Sonntagsarbeit.

Zur Erreichung dieser Forderung und bis zur Abschaffung der in der Debatte festgestellten Mißstände hält es die Versammlung für die Pflicht einer jeden, um ihr eigen, wie um das allgemeine Volkswohl bedachten Arbeiterin als Produzent und als Konsument, sich dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen und durch diese Organisation auf Abstellung der bestehenden Mißstände zu drängen.

Heilbronn. In der am 27. November tagenden gut besuchten Mitgliederversammlung hielt Kollege Wollbold einen Vortrag über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, deren Zweck und Nutzen.“ Redner schildert die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung, deren Bekämpfung während des Sozialistengesetzes, ihr Aufblühen nach des letzteren Fall. Bei der immer mehr zunehmenden Konzentrierung des Kapitalismus sei eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung notwendig. Christliche Arbeiter haben sich nun gebrauchen lassen zu einem Versuch, die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Von der Gründung christlicher Unternehmerorganisationen sei nie die Rede. Die Unternehmer fühlen sich dann immer einig, wenn es der Bekämpfung der Arbeiter gilt, da gibt es keine Religionsunterschiede, wenn es sich um den Erbfund handelt. Einig, einheitlich müssen auch die Arbeiter bei Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen handeln.

Kattowitz. Sonntag, den 22. November, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Fabrik- und Mühlensarbeiter. Kollege Trabski referierte über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Oberschlesiens.“ Redner legte zunächst die traurigen Verhältnisse der Arbeiter dar, ihre wirtschaftliche Lage und die Ausbeutung durch das Kapital. Die Verhältnisse könnten nur durch die Organisation gebessert werden, und die Pflicht der Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, ihrer Organisation beizutreten. Daß die Worte des Referenten nicht vergebens waren, beweisen die Anmeldungen zu unserem Verbände. In der Diskussion sprachen die Kollegen Kwasniol, Golke und Frau Dr. Golke im Sinne des Referenten. Hierauf schloß Kollege Kwasniol die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

Magdeburg. In zwei Mitgliederversammlungen, welche für Reudstadt bei Aug. Bartels, für Sudenburg bei Neumann tagten, nahmen die Magdeburger Kollegen Stellung zur Einführung einer Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Da eine derartige Einrichtung in unserer Gewerkschaft noch nicht eingeführt, mithin die Kollegen anderer Verbände, bei welchen angeleitete Arbeiter in Betracht kommen, die haben jeder Organisation uns abzuschneiden, sah sich die Verwaltung veranlaßt, die Einführung oben genannter Unterstützungseinrichtung in Vorschlag zu bringen. Es wurden Fragebogen zu einer Abstimmung ausgegeben, monach sich die Kollegen orientieren und ihre Stimme darach abgeben können. In der Diskussion hatten viele Kollegen Bedenken gegen die Einführung einer örtlichen Unterstützung, da deren Erhaltung ohne erhebliche Beitragsleistung auf die Dauer nicht möglich sei. Im allgemeinen äußerten die Kollegen lebhafteste Abneigung, nachdem auf dem Verbandstage die Arbeitslosenversicherung noch nicht angenommen war, der „Proletarier“ noch keine bestehende Artikel zu dieser Frage gebracht hat. Die Kollegen sprachen die Erwartung aus, daß nunmehr alles geschehen muß, um den Kollegen mit aufblühendem Material dienen zu können. In der Reudstadt referierte noch der Genosse Wilhelm Bartels über den Kampf nach zwei Fronten. In eingehender Weise schilderte der Referent die Kämpfe der Arbeiter in Vergangenheit und Gegenwart gegen Unternehmertum und Behörden, das Verhalten der städtischen Gewerkschaften dabei ins rechte Licht stellend. Die Diskussionredner sprachen sich sämtlich im Sinne des Referenten aus. Die Antwort des Metallindustrieverbandes betreffs Einführung der städtischen Normalarbeitszeit, welche eine ablehnende war, wurde mit lebhaftem Beifall angenommen. Seitens der Sudenburger Kollegen wurde der Antrag auf Unterstützung der Grimmitzauer Legitimation angenommen; die Hauptredner Kollegen werden in der nächsten Versammlung folgen.

Meißen. Vor einer trotz des sehr schlechten Wetters äußerst gut besuchten Versammlung referierte am Sonnabend, den 21. November der Genosse Redakteur Riera-Dresden über: „Die Fabrik- und der Handwerker der Unternehmer mit besonderer Berücksichtigung der Löhnerausperrung und deren Folgen für die Fabrikarbeiter.“ Daß sich Redner seiner Aufgabe auf das Bestmögliche entledigte, bewies der langandauernde Beifall, welcher denselben am Schluß zuteil wurde. Referent führte aus, daß den Unternehmern die Regierung nicht mit Ausnahmestellen usw. zu Hilfe komme, so verachten sie jetzt eine Wachtposten auf eigene Faust. Sowie die Legitimation in Grimmitz, so auch es die Herren von der Dienstfabrikation im ganzen Reich. Da Meißen vorwiegend diese Industrie besitzt, so kommt hier eine ganz erhellende Zeit von Arbeitern in Betracht. Man hat ca. 450 Köpfer bis zum 1. Dezember gekündigt, wodurch ca. 500 Fabrikarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Köpfer sind nun durch ihre Organisation einigermassen geschützt, so daß sie fürs erste nicht in Not leiden brauchen, denn es sind sämtlich, bis auf einige Mann, organisiert. Anders bei den Handwerkern. Von allen in Betracht kommenden Handwerkern sind ungefähr 150 bis 180 organisiert, die anderen nicht. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute in Meißen in der „Goldenen Weintraube“ tagende Versammlung der Fabrikarbeiter erklärt, daß alle, denen dies noch nicht gelungen ist, sich der Organisation anzuschließen, um gegen die Löhnerausperrung geschützt zu sein. Sie verurteilt aufs schärfste das brutale Vorgehen der Dienstfabrikanten, die ohne berechtigten Grund Hunderte von Familienunterstützungen aufhören lassen, lediglich um ihren Machtanspruch zu befriedigen und arbeitslose Arbeiter zu zwingen, sich bedingungslos zu unterwerfen.“ In der darauffolgenden Debatte ermahnt auch der Vorsitzende, Genosse Geyrog, diejenigen, die der Organisation noch fernstehen, sich derselben anzuschließen. Im Schlußwort fordert Genosse Riera auch die angehenden Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren, da die Frau ein Vorbild als williges und hülfes Arbeitsverhältnis von den Fabrikanten eingeführt werde. Aber auch an die Frauen, die nicht in Betrieben tätig sind, richtet er die Mahnung, ihre Männer anzuschließen, daß sie ihre Pflicht als Arbeiterin tun und sich organisieren, damit endlich auch der Fabrikarbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Neuberg. Die Versammlung wurde hier am 29. November. Sie nahm Stellung zu den Entlassungen, die im Neuberg betrogen worden. Es sind Entlassungen gegenwärtig 1000. Die Fabrikanten der Eisenindustrie haben